

Hannes Haas, Wolfgang R. Langenbucher (Hg.): Medien- und Kommunikationspolitik. Ein Textbuch zur Einführung

Wien: Wilhelm Braumüller Universitäts-Verlagsbuchhandlung 2002

(Studienbücher zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 12), XIV+202 S., ISBN 3-7003-1424-8, € 21,60

„Die beste Medienpolitik ist gar keine“, zitieren die Herausgeber in ihrer Einleitung zu dieser Textsammlung für die akademische Lehre die konservative Edelfeder par excellence, Johannes Gross – und mit ihm einige andere Skeptiker aus der Journaille. Vielleicht ist das der Grund, weshalb Medien- und Kommunikationspolitik in der Kommunikations- und Medienwissenschaft, aber auch umgekehrt in der Politikwissenschaft wenig Beachtung fand und findet. Immerhin 15 Jahre nach Erscheinen des ersten Bandes dieser inzwischen anerkannten Textbuchreihe der Wiener Publizistikwissenschaft kommt nun als 12. Band diese (leider nicht mehr so ausführlich kommentierte) Auswahl. Zwar hatte W. R. Langenbucher schon mit dem zweiten Band die *Politische Kommunikation* (1986) thematisiert, damals aber eher „Grundlagen, Strukturen und Prozesse“. Doch so ganz unterschiedlich sind die Themenfelder wohl nicht.

Denn es wird – wie in der gesamten disziplinären Debatte – nicht ganz deutlich, was unter dem Label ‚Kommunikations- und Medienpolitik‘ verstanden werden soll. Schon die beiden Bereiche werden nicht genügend spezifiziert, wenn die Herausgeber als Essenz „wissenschaftlicher Kommunikationspolitik“ „eine Summe von Freiheiten“ („Kommunikationsfreiheit“) apostrophieren, und zwar als „Freiheit der Gesellschaft zur Kommunikation“ (S.XII). Dass diese Freiheit strukturell recht unterschiedlich verteilt ist – national wie international – und sowohl den Besitzverhältnissen wie den technischen und juristischen Bedingungen unterworfen ist, das wusste schon der *FAZ*-Publizist Paul Sethe mit seinem berühmten Bonmot von der Kommunikationsfreiheit der 200 Leute, die die Medien besitzen, um ihre Meinung zu sagen. Mit PC und Internet scheint zumindest die individuelle Kommunikationsfreiheit in den so genannten „Informationsgesellschaften“ erreicht, so wie sie sich Bert Brecht in seiner Radiotheorie, die hier nochmals dokumentiert wird, zumindest technisch vorstellte – aber wohl kaum in der von ihm intendierten politischen Zielsetzung. Fast will es scheinen, als ob Technik Politik und Öffentlichkeit absorbiert hätte. Dann bekämen die journalistischen Abwehrer nachträglich noch auf ganz andere Weise Recht, freilich auch zu einem für sie nicht nur ersprießlichen, zumindest so nicht erwarteten Preis!

Aber auch in der Systematik tut sich die wissenschaftliche Medien- und Kommunikationspolitik offenbar (noch) schwer. Zwar verweisen die Herausgeber auf solch grundlegende Werke wie auf die „lehr- und handbuchmäßige Darstellung“ (S.VII) des Nürnberger Rechts- und Staatswissenschaftler Franz Ronneberger

vom Ende der siebziger Jahre (dessen Abriss von 1966 ebenfalls dokumentiert wird), um die Kontinuität der wissenschaftlichen Beschäftigung zu belegen, aber solche Arbeiten – wie etwa auch die von Ralf Dahrendorf (1967) und Kurt Imhof (1998) – haben weitgehend normativen und/oder institutionsbezogenen Charakter, ergehen sich also in paradigmatischen Sollensforderungen über Leistungen und Orientierungen von Politik oder beschränken sich auf Beschreibungen von Anforderungen und Aufgaben staatlicher Politik gegenüber den Medien. Von der politischen Wirklichkeit sind sie mittlerweile recht weit entfernt, wie sie auch Theorien und vor allem empirische Methoden der gegenwärtigen Politikwissenschaften nicht aufzugreifen vermögen. Allein der Beitrag der Zürcher Kommunikationswissenschaftler Ottfried Jarren und Patrick Donges, 1997 für die Festschrift Gerhard Maletzkes geschrieben, beherzt beide Orientierungen: Zum einen unterstreicht er die Erkenntnis, dass staatliches Handeln erheblich an Entscheidungsfreiheit eingebüßt hat und sich nur noch in „gesellschaftlichen Verhandlungsnetzwerken“ (S.92) vollzieht, weshalb medienpolitisches Handeln nicht mehr (oder immer weniger) auf die angestammten politischen Akteure begrenzt werden kann, sondern eher umgekehrt vom Regelungsfeld her betrachtet werden muss (S.88).

Denn was treibt heute Kommunikations- und Medienpolitik, soweit es sie überhaupt gibt? In jedem Fall technologische Innovation und globale Konkurrenz-, also Verteilungskonflikte, viele ‚außermediale‘ Kräfte, weil Medien als Werbeträger und als digitale Netze relevante, unentbehrliche Faktoren für moderne Volkswirtschaften geworden sind und vor allem massive ökonomische wie politische, kulturelle und ideologische Interessen – zumal der global agierenden Medienkonzerne, aber erst recht der Telekommunikationsindustrie und der mit ihr liierten weltweiten Oligopole in allen Konsumbereichen. Der neoliberale Nationalstaat kann da allenfalls noch Rahmenbedingungen oder temporäre Ausgleiche schaffen, wenn er nicht selbst parteipolitisch ausgerichtet und von Lobby-Interessen in Dienst genommen wird. Dabei werden Zugangsfragen, insgesamt die Maßnahmen zur „Gewährleistung öffentlicher Kommunikation“ (S.85) immer wichtiger, nicht zuletzt unter den Vorgaben technischer Entwicklungen (wie sie jetzt mit dem neuen Urheberrecht kodifiziert worden sind). Könnte damit auch eine Unterscheidung zwischen Medien- und Kommunikationspolitik markiert sein? In die öffentliche Kommunikation direkt einzugreifen, wird für das politisch-administrative System ständig schwieriger, da „eine Intervention immer an verfassungsrechtliche und legitimatorische Grenzen stößt“ (S.93). Also treten andere Akteure politisch auf den Plan, natürlich mit ganz unterschiedlichen, weithin auch gegenläufigen Interessen.

Dies zu untersuchen, in Netzwerke und/oder Systemen zu verordnen, ihre Regimelogiken zu erkunden und die Folgen ihres Handelns zu evaluieren, dazu bedarf es empirischer Erhebungen, nicht mehr nur grandioser Spekulationen. Doch in den Texten findet sich allenfalls der dezidierte Aufriss des Salzburgers

Medienökonom Manfred Knoche von 1996 zu der seit den fünfziger Jahren anhaltenden Konzentration zunächst in der bundesdeutschen Presse, inzwischen in den Medien insgesamt und seine Klage über die nach wie vor theoretisch wie empirisch ungenügende Konzentrationsforschung. Ja, die bundesdeutsche Medienpolitik tadelt er sogar als „Behinderung der Medienkonzentrationsforschung“ (S.128), zumindest aber als anhaltendes Desinteresse. Und weitere Absenz- bzw. Defizienz-Beweise lassen sich leicht anführen seit den achtziger Jahren, als hierzulande die wohl letzte große medienpolitische Auseinandersetzung um das Kabelfernsehen tobte. Inzwischen sind etliche Prognosen der Gegner über Qualitätsverlust, Konvergenz, Bedrohung der öffentlich-rechtlichen Systeme, durchgängige Ökonomisierung etc. bis hin zur Kirch-Pleite eingetreten, doch zu einer Politisierung von Öffentlichkeit und Parlament reicht es offenbar nicht mehr. Einige Aufgaben haben sich in die europäischen Instanzen verlagert und werden dort – wie üblich – bürokratisch oder neoliberal-marktwirtschaftlich verhandelt, wenn man sich den Disput über das Fernsehen als Ware oder Kulturgut im so genannten „Grünbuch“ vergegenwärtigt. Der Mainzer Jurist Dörr handelt diese Entwicklungen und Entscheidungen aktuell (2002) unter dem Rubrum „Europäische Medienordnung“ (S.131ff) ab, ohne politische Wertungen über die übliche juristische Zurückhaltung hinaus zu geben. Ob der Rundfunk „als ein Stück Kultur“ (S.170) am Ende noch überlebt, bleibt offen. Der Journalist Siebenhaar und Kommunikationsguru Peter Glotz machen sich Gedanken über Vielfalt und Integration mittels Medien im „Kommunikationsraum Europa“.

Die so genannten digitalen Medien, Internet, World Wide Web, E-Mail, MP3-Formate, Mobilfunk und Handy haben längst andere politische Auseinandersetzungen und Organisationsformen hervorgerufen; Initiativgruppen, NGOs, Selbstverwaltungen und -verpflichtungen, und zwar in weltweiten, mindestens nordwestlichen Größenordnungen kümmern und streiten sich um sie – ebenso wie die global agierenden und weiter expandierenden Medien- und Kommunikationskonzerne auf ihre Weise. Sie alle kommen in dem Reader leider nicht vor, mindestens nicht in der erforderlichen analytischen Gründlichkeit, die auch andere politikwissenschaftliche Paradigmen als die klassischen Konzepte von Öffentlichkeit, Staatsferne, Ausgewogenheit, Integrationspostulat etc. bräuchte. Insofern hat die Auswahl eher historischen denn aktuell-systematischen Charakter. Den vertritt der Mainzer Kommunikationswissenschaftler J. Wilke in seinem Abriss der Medienpolitik (von 1986) von der kaiserlichen Zensurpolitik nach Gutenbergs Erfindung des Buchdrucks bis zur Medienpolitik der alliierten Besatzungsmächte nach 1945 (!) am konsequentesten, indem er aus historischer Sicht manche Veränderungen, die derzeit als revolutionär angesehen werden, relativiert bzw. als nur neue Formierungen konstanter Bestrebungen und Interessen herausstellt. Dabei wählte er sich Mitte der achtziger Jahre – ganz anders als die Journalisten in den siebziger Jahre und wieder anders als Jarren und Donges Ende der neunziger Jahre – in einer medienpolitischen „Hochkonjunktur“ (S.52).

Die ist wohl weitgehend passé bzw. hat sich in andere Felder mit anderen Akteuren verlagert. Diese Geschichte der Medienpolitik zu beschreiben, ergibt sich nach diesem Reader in der Tat als wissenschaftliches Desiderat – wie man sich umgekehrt eine Auswahl wünscht, die Medien- und Kommunikationspolitik breiter und aktueller angeht.

Hans-Dieter Kübler (Werther/Hamburg)